Ressort: Vermischtes

Zahl der Inobhutnahmen von Kindern steigt

Berlin, 09.01.2019, 12:51 Uhr

GDN - Die Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Ein großer Teil davon entfalle zwar auf die Gruppe der alleinreisenden minderjährigen Flüchtlinge, doch selbst wenn man diese Gruppe herausrechne, sei die Zahl der Inobhutnahmen zwischen den Jahren 2010 und 2017 von 33.521 auf 38.891 Kinder gestiegen, berichtet die "Welt" (Donnerstagsausgabe) unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion.

Wie lange diese Kinder in Heimen oder Pflegefamilien lebten und ob sie überhaupt zu ihren Eltern zurückkehren können, hänge auch von dem Bundesland ab, in dem sie leben. Im Bundesdurchschnitt könnten 41 Prozent der Kinder und Jugendlichen nach einer vorübergehenden Inobhutnahme wieder zu ihren Erziehungsberechtigten zurückkehren. Diese Quote variiere jedoch erheblich: Während in den Stadtstaaten Hamburg (27 Prozent) und Berlin (30 Prozent) nicht einmal ein Drittel der Kinder innerhalb desselben Jahres wieder in ihre Familie zurückkehren könnte, seien es in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern immerhin 46 Prozent gewesen, berichtet die Zeitung. Auch hinsichtlich der Dauer der Fremdbetreuung würden "erhebliche regionale Unterschiede" beobachtet, heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Die Dauer von Inobhutnahmen ohne die Fälle aufgrund einer unbegleiteten Einreise sei zwischen den Jahren 2010 und 2016 bundesweit von durchschnittlich 24,8 Tagen auf durchschnittlich 35,7 Tage gestiegen. Dabei werde der Durchschnittswert allerdings "stark durch Einzelfälle mit besonders langer Dauer beeinflusst", heißt es in der Antwort. Zudem hänge die Dauer der Inobhutnahme mit dem Alter der betroffenen Minderjährigen zusammen: "Je jünger, desto länger dauern im Durchschnitt die Inobhutnahmen." Zur Erklärung der gestiegenen Dauer lägen allerdings "keine ausreichenden Forschungserkenntnisse vor", berichtet die Zeitung. "In der Kinder- und Jugendhilfe fehlt es an einer übergeordneten Instanz, die Jugendämter berät und ihnen zur Seite steht", sagte der bayerische FDP-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Daniel Föst der "Welt". Jugendämter machten in der Regel "einen sehr guten Job, aber die Standards zwischen den einzelnen Bundesländern sind sehr unterschiedlich." Zudem gebe es keine flächendeckende wissenschaftliche Erhebung zu Inobhutnahmen in Deutschland, kritisierte der FDP-Politiker. Die FDP fordere deshalb ein "zentrales, unabhängiges Kompetenzzentrum, das Richtlinien definiert und als Kooperationspartner der Jugendämter zur Verfügung steht".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-118116/zahl-der-inobhutnahmen-von-kindern-steigt.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com